



SEITE 2
Gastbeitrag: GEW-Vorsitzende Marlis Tepe über das Kooperationsverbot

SEITE 3
Wie weiter in der beruflichen Bildung?



SEITE 4/5
Im Gespräch: die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Eva Högl

SEITE 6
Koalition verbessert Vereinbarkeit von Pflege und Beruf



SEITE 7
Jürgen Hallmann profitiert von der Rente ab 63

SEITE 8
Steuerpolitik: Gewinne dort besteuern, wo sie entstehen

GUTE ARBEIT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION

Ausgabe 06/2014

Mehr Geld für Bildung

Die SPD-Fraktion stellt die Weichen für mehr Chancengleichheit in Deutschland.

Ohne Bildung geht nichts. Sie ist der Schlüssel für den Erfolg einer Gesellschaft. Bildung ermöglicht dem Einzelnen den Zugang zu Guter Arbeit und der Volkswirtschaft die Sicherung der Fachkräftebasis. Bildung ist aber auch die Grundvoraussetzung für individuelle Freiheit. „Bildung und Arbeit sind zentral, um zu einem selbstbestimmten Leben zu kommen“, sagt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil.

In Deutschland aber hängen Bildungschancen immer noch von der sozialen Herkunft ab – stärker als in anderen Industrieländern. Einkommen, Bildung oder ethnische Herkunft der Eltern entscheiden über den Bildungserfolg der Kinder. Kinder aus Akademikerfamilien beginnen auch heute noch drei Mal häufiger ein Studium als Kinder aus Arbeiterfamilien.



Bildung in Deutschland darf nicht vom Einkommen der Eltern abhängen. Mit der BAföG-Reform werden künftig noch mehr junge Menschen bei der Finanzierung ihres Studiums unterstützt.

Chancengleichheit schaffen

Für die SPD-Bundestagsfraktion ist klar: Lebenschancen dürfen nicht „sozial vererbt“ werden. Es ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik, Chancengleichheit zu schaffen und Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen.

Schon im Koalitionsvertrag hat die SPD-Fraktion deshalb zusätzliche Investitionen in Kitas, Bildung und Wissenschaft in Höhe von 9 Milliarden Euro durchgesetzt.

Mit Gesetzen zur Lockerung des Kooperationsverbots und zur Reform des BAföG hat die Koalition außerdem entscheidende Weichen für ein besseres und gerechteres Bildungssystem gestellt. Durch die Abschaffung des Kooperationsverbots im Wissenschaftsbereich können Bund und Länder künftig bei der Förderung von For-

schung und Lehre zusammenarbeiten. „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war eine solch weitreichende Kooperation von Bund und Ländern für Wissenschaft, Forschung und Lehre möglich“, erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Ernst Dieter Rossmann. Die neuen Spielräume wolle die SPD-Fraktion nutzen, um weitere Akzente bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu setzen.

Bund übernimmt BAföG

Zudem übernimmt der Bund künftig zu hundert Prozent die Finanzierung des BAföG und entlastet damit die Länder. Bisher haben Bund und Länder die Kosten gemeinsam getragen. „Es die größte nachhaltige Verbes-

serung der Bildungsfinanzierung für die Länder seit einem Jahrzehnt“, sagt Hubertus Heil.

Die Länder werden dadurch ab 2015 dauerhaft jährlich 1,17 Milliarden Euro mehr für Kita-Plätze, bessere Schulen und leistungsfähige Hochschulen ausgeben. Durch die BAföG-Reform haben zudem mehr Studieren-

de Anspruch auf die Förderung. „Das BAföG bleibt unser wichtigstes Instrument für mehr Chancengleichheit, sagt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Oliver Kaczmarek. ■

Mehr zum Thema auf den Seiten 2 und 3

Das bringt die BAföG-Reform ab August 2016

- Künftig erhalten rund 110.000 junge Menschen mehr eine BAföG-Förderung.
- Deutlich mehr Geld: Die Bedarfssätze steigen um 7 Prozent.
- Der Kinderbetreuungszuschlag wird auf pauschal 130 Euro pro Kind angehoben.
- Der Wohnkostenzuschlag für die eigene Wohnung steigt auf 250 Euro.
- Das Antragsverfahren wird vereinfacht und ist künftig auch online möglich.

Meldungen

Kooperationsverbot gelockert

Der Bundestag hat mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen und das Kooperationsverbot für den Bereich der Hochschulen gelockert.

In Zukunft können Bund und Länder damit einfacher und dauerhaft in Wissenschaft, Forschung und Lehre zusammenarbeiten.

„Die Verfassungsänderung eröffnet dem Bund künftig Möglichkeiten im Hochschulbereich, die es historisch noch nie gab. Das werden wir entschlossen nutzen, etwa für den wissenschaftlichen Nachwuchs oder für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative“, sagt SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil. Die SPD-Fraktion wolle ein dauerhaftes Zusammenwirken von Bund und Ländern zur Verbesserung der Wissenschaftslandschaft in Deutschland ermöglichen.

Nicht „Projektitis“, sondern finanzielle Planungssicherheit bringe die Hochschulen weiter. Das Kooperationsverbot sei ein Fehler gewesen, den man nun korrigiere. Ziel der SPD-Bundestagsfraktion bleibt es, das Kooperationsverbot im gesamten Bildungsbereich – also auch für Schulen – aufzuheben. Der Bund müsse „endlich wieder gemeinsam mit den Ländern in die Zukunft unserer Kinder und Jugendlichen investieren“, sagt SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. ■

Mehr BAföG = Mehr Chancen

Mehr Förderung für mehr Studierende: Der Bundestag hat eine Reform des BAföG beschlossen.

Es gibt kaum ein sozialdemokratisches Gesetz als das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz BAföG. Seit 1971 schafft das BAföG mehr Chancengleichheit im Bildungsbereich und ermöglicht es auch Kindern aus einkommensschwächeren Familien, ein Studium zu absolvieren. Für die SPD-Fraktion war und ist klar, dass Zukunftschancen nicht von der Herkunft oder dem Geldbeutel der Eltern abhängen dürfen.

Das Prinzip beim BAföG ist einfach: Wenn die eigenen Mittel oder die der Eltern nicht für eine Ausbildung oder ein Studium ausreichen, springt der Staat ein. Das ist das sozialdemokratische Versprechen vom Aufstieg durch Bildung.

Ganz großer Schritt nach vorn

„Es gibt viele Instrumente der Studienfinanzierung, die alle ihren Platz haben, aber keines erreicht so viele begabte junge Menschen und keines sorgt für so viel sozialen Ausgleich wie das BAföG“, sagt der stellvertretende bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Oliver Kaczmarek. Deshalb genieße es zurecht eine so hohe politische Aufmerksamkeit.

Mit der jetzt vom Bundestag beschlossenen 25. Novelle des Gesetzes geht die SPD-Fraktion diesen erfolgreichen Weg weiter. „Es ist ein ganz großer Schritt nach vorn in der Bildungs-



Dank BAföG hängt Bildung in Deutschland weniger vom Einkommen der Eltern ab.

politik“, bringt es SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann auf den Punkt.

Erfolgsgeschichte BAföG geht weiter

Ab dem 1. Januar 2015 wird der Bund alleine für das BAföG zuständig sein und es zu 100 Prozent finanzieren. Die Länder werden dadurch entlastet und investieren die zusätzlichen Mittel in Kitas, Schulen und Hochschulen.

Ab dem Wintersemester 2016 können die Studierenden außerdem mit einer spürbaren finanziellen Verbesserung rechnen. Dafür werden die Freibeträge und Bedarfssätze beim BAföG um jeweils 7 Prozent erhöht. „Das ist schon ein größerer Schluck aus der Pulle“, betont Oliver Kaczmarek.

Gleichzeitig wird das BAföG mit der Reform an veränderte Studienbedingungen angepasst und entbürokratisiert. Die Zahl der Geförderten steigt: Insgesamt werden etwa 110.000 Personen mehr von der Förderung profitieren. Dafür stehen jährlich insgesamt 825 Millionen Euro mehr für das BAföG zur Verfügung.

„Das BAföG ist eine Erfolgsgeschichte, die wir als SPD weiter fort-schreiben“, sagt Oliver Kaczmarek. Auch über die Reform hinaus gelte es, das BAföG kontinuierlich an veränderte Bildungs- und Erwerbsbiografien und vielfältige Lebensentwürfe anzupassen. ■

Kommentar: Chance für die Bildung nutzen!

Die Abschaffung des Kooperationsverbots in der Wissenschaft ist vom Bundestag beschlossen. SPD-Fraktion und Gewerkschaften kämpfen weiter gemeinsam dafür, dass es für den gesamten Bildungsbereich, also auch für Schulen, aufgehoben wird.

Ein Kommentar von Marlis Tepe, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Das Kooperationsverbot in der Bildung – größter Folgeschaden der Föderalismusreform von 2006 – hat sich als echter Hemmschuh auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland erwiesen. Es muss endlich fallen. Bund und Länder müssen die Chance, die sich jetzt politisch aufgetan hat, beherzt ergreifen. Deutschland braucht endlich einen verfassungsrechtlichen Rahmen, der jede Kooperation, die Bund, Länder und Kommunen in der Bildungs-



Seit 2013 Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): Marlis Tepe.

Wissenschafts- und Forschungspolitik wollen, ermöglicht. Bereits eine kleine Ergänzung des Gesetzentwurfes zu Artikel 91b Grundgesetz schafft Zukunftschancen für das gesamte Bildungswesen: Es muss lediglich das Wörtchen „Bildung“ eingefügt werden.

Die Lockerung des Kooperationsverbots, die zurzeit vorbereitet wird, ist richtig. Sie schafft Perspektiven für Zusammenarbeit und eine nachhaltige Finanzierung der öffentlichen Hochschulen. Allerdings müssen diese auch in der Breite gefördert werden, eine

Unterstützung allein der Leuchttürme löst die Probleme nicht.

Trotzdem greift der Vorstoß viel zu kurz. Ausbau und Qualitätsentwicklung der Kitas, Weiterentwicklung der Ganztagschulen und Inklusion aller Schülerinnen und Schüler: Die bildungspolitischen Großprojekte der nächsten Jahre können Länder und Kommunen gerade mit Blick auf die Schuldenbremse finanziell nicht alleine stemmen. Der Bund muss ihnen mit seinem Geld unter die Arme greifen dürfen. Dass ein solches Engagement durchaus erfolgreich sein kann, beweist das Ganztagschulprogramm. Die damalige SPD-Bildungsministerin Edelgard Bulmahn hatte es vor gut zehn Jahren angeschoben: mit vier Milliarden Euro Bundesmitteln. Ohne diese Gelder wäre der Ganztagschulbau heute noch ein Fremdwort an Deutschlands Schulen. ■

Wie geht es weiter mit der beruflichen Bildung?

Die SPD-Fraktion hat auf einem Kongress in Berlin mit zahlreichen Fachleuten über die Zukunft der beruflichen Bildung diskutiert.

Der Otto-Wels-Saal im Berliner Reichstagsgebäude war bis auf den letzten Platz gefüllt. Und in einem waren sich die Anwesenden einig: Das Duale Ausbildungssystem ist einer der zentralen Gründe für Deutschlands wirtschaftliche Stärke. „Die ganze Welt beneidet uns um unsere Facharbeiter und darum, was sie können“, brachte es SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann in seiner Begrüßung auf den Punkt.

Dass aber auch bei der Dualen Berufsausbildung nicht alles Gold ist, was glänzt, machte SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil klar. „Wir haben Grund zur Zufriedenheit, aber keinen Grund zur Selbstzufriedenheit.“ Die Zahlen geben ihm Recht: Derzeit stecken 260.000 junge Menschen in Warteschleifen zwischen Schule und Ausbildung fest. Gerade mal zwei Drittel der Ausbildungsinteressierten finden einen Ausbildungsplatz. Gleichzeitig klagen viele Unternehmen über unbesetzte Ausbildungsstellen, da sie keine qualifizierten Bewerber finden.

Assistierte Ausbildung kann helfen

In zwei Panels diskutierten die Podiumsgäste darüber, wie die berufliche Ausbildung wieder attraktiver werden kann, sowohl für die Auszubildenden als auch für die Betriebe. Natürlich müsse man über frühkindliche Bildung die richtigen Weichen stellen, damit Schulabgänger ausbildungsreif seien, sagte Willi Brase, der für die SPD-Fraktion im Bildungsausschuss sitzt. Das helfe den hunderttausenden Jugendlichen, die heute in der Warteschleife hängen, aber nicht weiter. Die



Auf dem Podium diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und Wirtschaft über die Zukunft der beruflichen Bildung.

Lösung: Mit der Assistierte Ausbildung sollen die Betriebe bei der Ausbildung leistungsschwächerer Jugendlicher unterstützt werden.

Ausbildung mit enormen Chancen

Ein zweites Problem der Berufsausbildung: Sie hat gegenüber dem Studium einen schlechten Ruf. „Wir haben vergessen, dass das Duale System das durchlässigste Bildungssystem ist, das wir haben“, sagte der SPD-Abgeordnete Rainer Spiering. Es biete enorme Aufstiegschancen.

Das Podium war sich einig: Es kommt hier vor allem auf die richtige Berufsberatung an, die Schülerinnen und Schülern – auch an den Gymnasien – die Vorteile und Aufstiegschancen einer Ausbildung aufzeigt. Das MeisterBAföG unterstützt zum Beispiel Fachkräfte finanziell bei ihrem beruflichen Aufstieg zum Meister oder Fachwirt.

Mit der Bafög-Erhöhung steigen hier nochmals die Leistungen. Auch die Tür zur Uni bleibt bei einer Ausbildung offen. Das Bundesprogramm „Aufstieg durch Bildung – Offene Hochschulen“ macht den Wechsel von der beruflichen in die akademische Bildung durchlässiger. Es unterstützt die Hochschulen, bessere Angebote für beruflich qualifizierte zu schaffen. ■



„Kein Grund zur Selbstzufriedenheit“: SPD-Fraktionsvize Hubertus Heil.

SPD-Fraktion fordert Ausbildungsgarantie

Die duale Berufsausbildung gilt als Schlüsselfaktor für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Damit das so bleibt, muss sie für die Zukunft fit gemacht werden.

Mit einem gemeinsamen Antrag haben die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung jetzt zum Handeln aufgefordert. Darin schlagen die Fraktionen von SPD und CDU/CSU konkrete Maßnahmen vor, um die Bedingungen

der beruflichen Bildung zu verbessern. „Der Einstieg über eine duale Ausbildung ist für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten genauso viel wert wie der schulische und akademische“, sagt der SPD-Abgeordnete Willi Brase.

Um als Land zukunftsfähig zu bleiben, müsse die berufliche Bildung nun stärker in den Blick genommen werden. In dem Antrag fordern die Fraktionen von der Bundesregierung, eine

Ausbildungsgarantie für alle Bewerberinnen und Bewerber anzustreben. Der Nationale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs soll zur Allianz für Aus- und Weiterbildung fortentwickelt werden.

Zudem sollen die bestehenden Berufsbilder modernisiert werden, damit sie für mögliche Bewerberinnen und Bewerber konkreter und attraktiver werden. ■

Editorial



Thomas Oppermann, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Leserinnen und Leser,

die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist gut: Wir verzeichnen fast 43 Millionen Erwerbstätige und über 30 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte. Das ist der Erfolg von unseren grundlegenden Arbeitsmarktreformen. Gleichwohl gibt es insbesondere bei Fällen von Langzeitarbeitslosigkeit noch viel zu tun.

Unser Ziel muss es sein, diese Menschen besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren und ihre Beschäftigungschancen deutlich zu erhöhen. Arbeitsministerin Andrea Nahles hat in diesen Tagen ein Konzept vorgestellt, mit dem Menschen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, besser geholfen werden kann.

In den Job-Centern wollen wir die Betreuung verbessern, so dass die individuellen Problemlagen, Stärken und Schwächen der Menschen identifiziert und geeignete Angebote gemacht werden können. Klar ist: Es gibt nicht den klassischen Langzeitarbeitslosen und deshalb muss eine individuelle Betreuung gewährleistet werden.

Die Teilnahme am Erwerbsleben ist ein Schlüssel für soziale Teilhabe. Aus diesem Grund soll es in Zukunft möglich sein, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse durch Zuschüsse von bis zu 100 % zu fördern. Davon profitieren insbesondere Langzeitarbeitslose mit gesundheitlichen Einschränkungen und solche, die als Eltern zusätzlich Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Schließlich wollen wir die Gesundheitsförderung und Prävention stärken.

Diese Impulse sollen dazu führen, dass jeder in diesem Land von der guten konjunkturellen Entwicklung profitieren und seine Chance auf soziale Teilhabe am Arbeitsmarkt nutzen kann. Für uns steht fest: Wir wollen gute Arbeit statt Finanzierung von Arbeitslosigkeit. ■



»Ein Männeranteil von 95 Prozent kann nichts mit Qualifikation zu tun haben«

Die Frauenquote sorgt dafür, dass gut ausgebildete Frauen in die Positionen kommen, die ihnen zustehen, sagt Eva Högl. Im Interview spricht die SPD-Fraktionsvizepräsidentin über das Klima in der großen Koalition und die Lehren aus der NSU-Affäre.

Die große Koalition ist jetzt seit fast einem Jahr im Amt. Wie fällt Ihre bisherige Bilanz aus?

Wir haben viele für uns zentrale Punkte und Themen schon umgesetzt. Aus meinem Arbeitsbereich (Innen- und Rechtspolitik) ist das vor allem das Thema doppelte Staatsangehörigkeit. Das bedeutet für junge Menschen mit ausländischen Eltern eine enorme Erleichterung. Sie müssen sich künftig nicht mehr für eine Staatsbürgerschaft entscheiden, wenn sie in Deutschland geboren und aufgewachsen sind. Zudem sorgen wir mit der Mietpreisbremse für mehr bezahlbaren Wohnraum und stabilisieren die Quartiere auch mit

einem Programm des sozialen Wohnungsbaus und der sozialen Stadtentwicklung. Was in der Großen Koalition zudem grundsätzlich positiv ist: Wir haben ein gutes Arbeitsklima in der Koalition, gerade im Bereich Innen- und Rechtspolitik.

Warum glauben Sie ist das Arbeitsklima so positiv?

Der ständige Streit bei der schwarz-gelben Koalition ist von den Bürgerinnen und Bürgern als sehr belastend empfunden worden. Wir haben auch deshalb einen Koalitionsvertrag formuliert, in dem wir nicht nur Absichtserklärungen, sondern konkrete Vorha-

ben vereinbart haben. Das hilft uns bei der Durchsetzung, weil diese Dinge schon einmal fest vereinbart worden sind. Man muss sie nicht dauernd neu verhandeln.

„Der ständige Streit von Schwarz-Gelb war belastend für die Bürgerinnen und Bürger“

„Wir werden wirkliche Gleichstellung nicht dem Zufall überlassen“

Dennoch gibt es auch innerhalb der Koalition strittige Themen. Derzeit wird vor allem über die Frauenquote gestritten. Wann kommt sie?

Es ist sehr ärgerlich, dass die Frauenquote jetzt wieder in Frage gestellt wird. Denn auch sie ist fest im Koalitionsvertrag vereinbart. Das ist eine Schikane, die wir der Union übel nehmen. Ich kann derzeit nicht sagen, wann die Quote kommt, aber sie ist dringend erforderlich. Wir werden wirkliche Gleichberechtigung nicht dem Zufall überlassen.

Ist die Quote eine Belastung der Wirtschaft oder gar verfassungswidrig, wie jetzt von ihren Kritikern behauptet wird?

Wenn 95 Prozent der Vorstände der größten deutschen Unternehmen mit Männern besetzt sind, dann kann das nichts mit Qualifikation zu tun haben. Denn es gibt natürlich viel mehr gut ausgebildete Frauen in der Wirtschaft. Die Quote sorgt dafür, dass diese Frauen endlich an die Positionen kommen, die ihnen zustehen. Sie ist daher nicht verfassungswidrig, im Gegenteil. Wir haben als Gesetzgeber durch das Grundgesetz den Handlungsauftrag, tatsächliche Gleichberechtigung herzustellen. Eigentlich ist das natürlich Aufgabe der Wirtschaft. Das hat nachweislich nicht funktioniert.

Und die Quote belastet die Wirtschaft nicht: Es geht um 30 Prozent Frauenanteil in den Aufsichtsräten von etwa hundert Unternehmen. Für die meisten dieser Unternehmen dürfte es kein Problem sein, den Frauenanteil in ihren Aufsichtsräten zu erhöhen. Es ist eher eine ideologische Diskussion und ich bedaure es sehr, dass wir da bisher noch nicht vorwärts gekommen sind.

Lange hat die Koalition auch um die Mietpreisbremse gerungen...

Wir haben beim Mietrecht einen gangbaren Weg gefunden. Die Mietpreisbremse kommt, bei Neuvermietungen darf die Miete einer Wohnung nicht mehr als 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Wir haben genau zwei relevante Ausnahmen: Die umfassende Modernisierung,

also wenn die Vermieter die Wohnung tatsächlich erneuern. Außerdem gilt die Mietpreisbremse nicht für Wohnungsneubauten, um neue Investitionen im Wohnungsmarkt weiterhin zu ermöglichen. Wir brauchen diese Investitionen. Ein höheres Wohnungsangebot ist ein effektiver Mieterschutz, da es zu einer Entspannung auf dem Wohnungsmarkt und damit zu sinkenden Mieten führt. Das ist ein guter Kompromiss. Der zentrale Punkt ist: Dort, wo ohne Modernisierung nur eine Wohnung neu vermietet wird, darf die Miete nicht exorbitant steigen.

Anfang November hat sich die Aufdeckung der NSU-Mordserie zum dritten Mal ge­jährt. Sie saßen für die SPD-Bundestagsfraktion im zuständigen Untersuchungsausschuss. Welche Konsequenzen müssen wir aus der NSU-Affäre ziehen?

Die Aufdeckung des NSU-Terrors war eine Zäsur. Es ist schlagartig deutlich geworden, dass Rechtsextremismus über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland verharmlost wurde. Es ist von den Sicherheitsbehörden nicht erkannt worden, dass wir es mit Rechtsterrorismus zu tun hatten. Im Untersuchungsausschuss haben wir ein flächen­deckendes Versagen aufgedeckt: von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz. Was jetzt wichtig ist, ist, dass die Aufklärung weitergeht. Im Bundestag sitzen wir weiter mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Untersuchungsausschuss zusammen und wir begrüßen, dass auch die Länder Untersuchungsausschüsse eingesetzt haben. Daneben haben wir 50 Empfehlungen verabschiedet, die jetzt umgesetzt werden müssen. Dafür setzen wir uns ein.

Wie sehen die Empfehlungen aus?

Es darf zum Beispiel nie wieder passieren, dass bei schweren Straftaten gegen Personen mit Migrationshintergrund ein ausländerfeindliches oder rassistisches Motiv übersehen wird. Das drehen wir um, so dass künftig immer, wenn Personen mit Migrationshintergrund Opfer einer schweren Straftat werden, Rassismus als Motiv

„Es gab beim NSU-Terror ein flächen­deckendes Versagen: von Polizei, Justiz und Verfassungsschutz“

untersucht werden muss. Eine wesentliche Empfehlung ist zudem eine umfassende Reform des Verfassungsschutzes. Das reicht vom Einsatz der V-Leute über mehr interkulturelle Kompetenz bis hin zur besseren parlamentarischen Kontrolle.

Wie passt es in diesen Zusammenhang, wenn mitten in Köln 4.000 Rechtsextreme und Hooligans randalieren können?

Die NSU-Mordserie mahnt uns, dass Rechtsextremismus nie wieder verharmlost werden darf. Er ist eine echte

„Die Verbindung zwischen Hooligans und Rechtsextremen muss stärker beobachtet werden“

Gefahr für unsere Demokratie. Bei den Vorfällen in Köln ist offenbar unterschätzt worden, wie gut die Rechts­extremen vernetzt sind und zu welcher Mobilisierung sie in der Lage sind. Ich halte es auch für gefährlich, dass Hooligans vom Verfassungsschutz nicht beobachtet werden, weil sie vermeintlich unpolitisch sind. Gerade diese Verbindung muss stärker beobachtet werden. Das hilft dann letztlich auch der Polizei, die Situation bei einer Demonstration besser einschätzen zu können.

Wie können wir verhindern, dass Rechtsextreme unter dem Deckmantel des „Kampfes gegen Salafismus“ erfolgreich auf Stimmenfang gehen?

Das ist brandgefährlich. Wir alle sind gegen Salafisten, die außerhalb unseres Rechts- und Wertesystems stehen. Daher ist so ein Aufruf gegen Salafisten auch attraktiv für Personen, die sich eigentlich nicht dem Rechtsextremismus zuschreiben würden. Das bringt die Zivilgesellschaft in eine schwierige Situation. Deshalb müssen wir eine Eskalation unbedingt vermeiden. Wir müssen auf der einen Seite deutlich machen, dass wir Salafisten, die sich nicht an unsere Gesetze halten, nicht tolerieren, aber auf der anderen Seite mit aller Macht den Rechtsextremismus bekämpfen.

Deutschland wird weitere Flüchtlinge aus Krisengebieten aufnehmen. Wie kann verhindert werden, dass dieses Thema von Rechtsextremisten instrumentalisiert wird?



Zur Person

Obfrau der SPD-Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss, Vorsitzende der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Bundestag, seit 2013 stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende – Eva Högl hat schon einige Positionen bekleidet. Dabei ist sie erst seit 2009 Mitglied des Bundestages.

Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist sie zuständig für die Themen Innen, Recht und Verbraucherschutz, Kultur und Medien sowie Sport. Dabei widmet sich die Juristin besonders dem Kampf gegen Rechtsextremismus, dem Mietrecht und der Frauenquote.

Das Thema Flüchtlinge hat Potenzial, um von Rechtsextremen instrumentalisiert zu werden. Das sehen wir immer wieder auch bei Protesten gegen

ist vor allem, dass Flüchtlinge gut untergebracht und die Kommunen nicht überfordert werden.

Was kann die Politik konkret tun?

„Es gibt eine hohe Bereitschaft der Bevölkerung, Flüchtlinge aus den Krisengebieten aufzunehmen“

Wir haben schon ein paar wichtige Punkte auf den Weg gebracht: Kurze Verfahren, damit die Menschen schnell wissen, ob sie hier bleiben können oder nicht; zudem brauchen Flüchtlinge einen Zugang zum Arbeitsmarkt, eine bessere Gesundheitsversorgung und mehr Sprachkurse. Insgesamt ist das eine ganz andere Flüchtlingspolitik als noch vor ein paar Jahren. Trotzdem bleibt die Aufnahme von Flüchtlingen eine enorme Herausforderung. Daher ist es umso wichtiger, dass wir diese Aufgabe gemeinsam mit unseren europäischen Partnern angehen und nicht einzelne Länder damit alleine lassen. ■

Flüchtlingsunterkünfte oder die Aufnahme von Flüchtlingen. Anders als in den 1990er Jahren gibt es aber heute eine große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung. Wir sehen eine hohe Bereitschaft, Flüchtlinge aus den Krisengebieten der Welt aufzunehmen, sie willkommen zu heißen und sie zu unterstützen. Trotzdem müssen wir bei dem Thema sensibel sein. Wichtig

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Meldungen

Für einen starken Sport

Die Bundesregierung hat einen Entwurf für ein Anti-Doping-Gesetz vorgelegt, mit dem vor allem die dopenden Sportler in den Vordergrund der Strafverfolgung rücken sollen. Bisher können lediglich die Hintermänner für den Handel mit verbotenen Substanzen belangt werden, gesetzliche Strafen für dopende Athleten gibt es nicht. Künftig müssen sie, wenn sie verbotene Mittel nehmen oder besitzen, mit einer Gefängnisstrafe von bis zu drei Jahren und hohen Geldstrafen rechnen. Mit dem Gesetzentwurf bekommen Strafverfolgungsbehörden effektive Möglichkeiten in der Verfolgung von Doping und der Aufdeckung von kriminellen Netzwerken im Hintergrund, sagt die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Michaela Engelmeier. „Doping zerstört die Werte des Sports, täuscht die Mitstreitenden im sportlichen Wettkampf sowie die Öffentlichkeit und gefährdet die Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler.“ Mit diesem Gesetzentwurf sei nun der Weg frei für einen konsequenten und glaubwürdigen Kampf gegen Doping. ■

Beruf und Pflege vereinbaren

Immer mehr Menschen pflegen ihre Angehörigen zuhause. Das stellt sie vor gewaltige Herausforderungen.

Ein zentrales Ziel der SPD-Bundestagsfraktion ist es, für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sorgen. Dabei muss nicht nur die Kinderbetreuung mit dem Beruf in Einklang gebracht werden, sondern oft auch die Pflege von Angehörigen.

In Deutschland pflegen mehr als 2,5 Millionen Menschen ihre Angehörigen, viele von ihnen sind gleichzeitig erwerbstätig. Häufig ist die Pflege eines geliebten Menschen nur mit Mühe zu stemmen und zu verkraften. Erwerbstätige stehen außerdem in einem ständigen Spagat zwischen den Anforderungen ihres Angehörigen und ihres Arbeitgebers.

Das Leben erleichtern

Der Bundestag hat jetzt in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, mit dem die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf verbessert werden soll. Das Ziel des Gesetzes ist es ganz konkret, das Leben der pflegenden Menschen zu erleichtern. „Wir helfen diesen Menschen mit mehr Rechten, mehr zeitlicher Flexibilität und einer Verknüpfung der zehntätigen Pflegezeit mit einem Lohnersatz“, sagt die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Carola Reimann.

Schon heute können Beschäftigte diese zehntägige Auszeit nehmen,



Die Pflege wird vor dem Hintergrund des demografischen Wandels immer wichtiger.

wenn sie kurzfristig eine neue Pflegesituation für einen Angehörigen organisieren müssen. Der Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass sie künftig dafür eine Lohnersatzleistung erhalten, das Pflegeunterstützungsgeld.

Anspruch auf Familienpflegezeit

Darüber hinaus sollen Beschäftigte einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit bekommen. Sie können sich für bis zu 24 Monate teilweise von der Arbeit freistellen lassen, um einen nahen Angehörigen in häuslicher Umgebung zu pflegen. Voraussetzung ist,

dass sie mindestens 15 Wochenstunden arbeiten. Neu ist auch der Rechtsanspruch auf ein zinsloses Darlehen. Es soll helfen, den Verdienstausfall abzufedern, wenn Beschäftigte die Möglichkeiten des Pflegezeitgesetzes oder des Familienpflegezeitgesetzes in Anspruch nehmen.

Die neuen Regeln seien auch ein Gewinn für die Unternehmen, sagt Carola Reimann. „Viele pflegende Angehörige wollen im Beruf bleiben, steigen aber dennoch aus, weil es ihnen an Unterstützung fehlt. Das wird nun anders.“ ■

Gute Arbeit schaffen – weltweit

Als 2013 ein Fabrikkomplex in Bangladesch einstürzte und über 1100 Menschen dabei ums Leben kamen, war die Erschütterung groß. Denn die Arbeiterinnen und Arbeiter produzierten in den Fabriken vor allem Kleidung für westliche Unternehmen, darunter auch einige deutsche Firmen. Es folgte eine Debatte über weltweite soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für Produktion und Handel.

Mit einem Antrag im Bundestag haben die Koalitionsfraktionen auf die Debatte reagiert. Ihre Hauptforderung: Internationale Vereinbarungen zu Arbeitsrechten und Arbeitsbedingungen müssen gestärkt und umgesetzt werden. Es seien auch deutsche Unternehmen, die in Ländern wie Kambodscha und Bangladesch Verantwortung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben, sagt die entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion Bärbel Kofler. „Pausen- und Urlaubsregelungen, soziale Absicherung, Arbeits-

verträge und selbst Brandschutzregelungen sind häufig Fehlanzeige.“

Weltweite soziale Standards

Soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards für Produktion und Handel aber müssten weltweit gelten, fordern die Koalitionsfraktionen in ihrem Antrag. „Multinationale Unternehmen dürfen ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Recht nicht verweigern, Gewerkschaften zu gründen und damit den Weg für konstruktive Verhandlungen frei zu machen“, sagt Bärbel Kofler.

Der Antrag sieht daher vor, das Streikrecht international zu schützen und internationale Sozialnormen in Handelsabkommen aufzunehmen. Zudem sollen insbesondere deutsche Unternehmen stärker für die Arbeitsbedingungen in ihren internationalen Produktionsstandorten und Zulieferbetrieben in Verantwortung genommen werden. ■

Einfluss von Ratings begrenzt



Eine wichtige Lehre aus der Finanzkrise im Herbst 2008 war, dass die Arbeit externer Ratingagenturen besser reguliert und beaufsichtigt werden muss. Ratingagenturen sind private, gewinnorientierte Unternehmen, die die Kreditwürdigkeit von Unternehmen aller Branchen, aber auch von Staaten bewerten.

Das Problem: Die Untersuchungen der privaten Ratingagenturen sind nicht offen nachvollziehbar und Interessenskonflikte können nicht ausgeschlossen werden. Gleichzeitig haben viele Finanzunternehmen bei der Bonitätsbeurteilung von Kreditnehmern

oder Wertpapieren die Einschätzungen der Ratingagenturen unkritisch und schematisch übernommen. Das hat zum Entstehen der Finanzmarktkrise im Herbst 2008 beigetragen.

Eigene Analysten

Auf EU-Ebene sind inzwischen mehrere Verordnungen verabschiedet worden, die den Einfluss der Ratingagenturen reduzieren und deren Aufsicht verbessern sollen. Der Bundestag hat dazu jetzt ein Gesetz beschlossen, mit dem die Abhängigkeit von Ratings weiter verringert werden soll. Damit werden die Unternehmen der Finanzbranche angehalten, künftig mehr und besser auf ihre eigene Einschätzung bei der Bonitätseinschätzung von Kreditnehmern, Wertpapieren und sonstigen Ausfallrisiken zu achten. Das heißt konkret: Finanzunternehmen müssen künftig mehr eigene Analysen nutzen, anstatt sich einfach auf die Ratingagenturen zu verlassen. ■

„Nach über 45 Jahren Arbeit habe ich die Rente verdient“

Seit er 17 war, hat Jürgen Hallmann gearbeitet. Jetzt hat er aufgehört – dank der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren.

Eigentlich wollte Jürgen Hallmann im April 2014 mit 62 Jahren in Rente gehen – über 45 Arbeitsjahre waren für ihn genug. Die 7,2 Prozent Abschlag von der Rente hätte er in Kauf genommen. Doch dann kamen die Koalitionsverhandlungen. Die SPD-Fraktion setzte die abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren durch. Hallmann musste nicht lange nachdenken, denn für ihn bedeutete dies zwar, drei Monate länger zu arbeiten, aber dafür eine Rente ohne Abschläge. „Ich habe mehr als 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt. Ich habe mir meine Rente mit 63 verdient“, sagt er.

Glück nach der Wende

Begonnen hat sein Arbeitsleben 1967. Hallmann war 17 und machte eine Lehre im Stahlbau für landtechnische Anlagen. „Wir haben Hühnerställe und Schweineställe für die LPGs (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften in der DDR) gebaut.“ Nach der Wende hatte er mehr Glück als viele andere in Ostdeutschland: Der frühere Chef machte sich selbstständig, fand einen Partner im Westen. Der Betrieb überlebte und hat heute 25 Beschäftigte.



Verdient im Ruhestand: Jürgen Hallmann hat über 45 Jahre in die Rentenkasse eingezahlt.

Nach der Wende bauten sie Autohäuser und Stahlkonstruktionen für Supermärkte. Hallmann ist stolz auf das, was er in der Firma geschafft hat.

Körperlich kaum machbar

Er sagt aber auch, dass in der Stahlbaubranche und generell auf dem Bau häufig gar nicht so lange gearbeitet

werden könne, weil es körperlich nicht auszuhalten sei. Er selbst ist eher die Ausnahme, konnte trotz zweier Hüftoperationen weiter arbeiten. Heute genießt Jürgen Hallmann seinen Ruhestand. Um gesund und fit zu bleiben, geht er dreimal in der Woche ins Fitness-Studio. „Ich will aktiv bleiben und nicht vor der Glotze sitzen.“ ■

Meldungen

Mehr Teilhabe für Langzeitarbeitslose

Die Stimmung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist weiterhin gut. Allerdings profitieren Langzeitarbeitslose kaum von dieser Entwicklung. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat deswegen ein Konzept für den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit vorgestellt. Durch mehr Zeit und eine verbesserte Betreuung in den Jobcentern sollen die Menschen zum Beispiel noch besser kennen gelernt werden, um ihnen dann geeignete Angebote machen zu können. Ein Bundesprogramm soll arbeitsmarktfremde Langzeitarbeitslose ohne Berufsabschluss fördern. Im Mittelpunkt stehen dabei die gezielte Ansprache und Beratung von Arbeitgebern sowie Arbeitnehmercoaching auch nach der Aufnahme einer Beschäftigung. Ein weiteres Programm richtet sich an besonders arbeitsmarktfremde Langzeitarbeitslose. Ihnen soll über öffentlich geförderte Beschäftigung die Teilhabe am Arbeitsmarkt ermöglicht werden. Für jeden müsse es passgenaue Lösungen geben, sagt die Sprecherin für Arbeit und Soziales der SPD-Fraktion Katja Mast. „Wir wollen gute Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanzieren.“ ■

Werkstatträte: Experten in eigener Sache



222 Werkstatträte aus ganz Deutschland tauschten sich im SPD-Fraktionssaal aus.

Zum neunten Mal hat die SPD-Bundestagsfraktion Mitte Oktober ihre Werkstatträtekonferenz ausgerichtet.

Dafür waren 222 Vertreterinnen und Vertreter von Werkstatträten aus ganz Deutschland nach Berlin gekom-

men. Für die SPD-Fraktion sind die Werkstatträte wichtige Partner, um eine inklusive Gesellschaft voranzubringen. Denn sie vertreten die Interessen von über 300.000 Menschen mit Behinderung aus rund 700 Werkstätten.

„Die Leitidee unserer Politik für Men-

schen mit Behinderungen ist eine inklusive Gesellschaft“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann. Ziel sei die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen mit und ohne Behinderungen. Sie sollten „gemeinsam aufwachen, zusammen lernen und miteinander arbeiten.“ Die Werkstatträte trügen ihren Teil dazu bei, „dass die heutige Arbeitswelt auch für Menschen mit Behinderungen da ist“, sagte Oppermann.

Inklusiver Arbeitsmarkt

Die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (SPD), bezeichnete die Werkstatträte als Experten in eigener Sache. Dennoch müssten sie für ihre Anerkennung bei den Werkstattleitungen immer wieder kämpfen. Beim inklusiven Arbeitsmarkt will Nahles „einen großen Schritt nach vorne machen“.

„Menschen mit Behinderungen sind oft gut ausgebildet, hochmotiviert, und

sie bleiben einem Unternehmen, in dem sie sich wohlfühlen, gerne treu“, sagte die Ministerin. Es sei höchste Zeit, dass alle diese Stärken erkennen.

Mehr Wahlfreiheit

Aber auch die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen würden in Zukunft gebraucht, sagte Nahles. Menschen mit Behinderung sollten selbst wählen können, ob sie in einer Werkstatt oder in einem Unternehmen auf dem regulären Arbeitsmarkt arbeiten.

Um mehr Durchlässigkeit auf dem Arbeitsmarkt zu erreichen, sollten die Übergänge zwischen Werkstätten und regulärem Arbeitsmarkt flexibilisiert werden, erklärte die Beauftragte der SPD-Fraktion für die Belange von Menschen mit Behinderungen Kerstin Tack. Außerdem müssten die rentenrechtlichen Ansprüche beim Wechsel auf einen regulären Arbeitsplatz geregelt werden. ■

Vorgestellt



Ernst Dieter Rossmann

Ernst Dieter Rossmann ist Bildungspolitiker durch und durch. Gute Bildung für alle Menschen bezeichnet er als sein „politisches Lebensthema“. Dabei spielt für ihn als Sozialdemokrat die Chancengleichheit durch Bildung eine besondere Rolle. „Bildung muss Menschenrecht bleiben – kein Privileg für wenige und nicht abhängig vom Einkommen und Vermögen der Eltern.“ Als bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion setzt sich Rossmann seit Jahren und mit Erfolg für mehr frühkindliche Bildung, mehr Ganztagschulen und für den Erhalt und den Ausbau des BAföG ein. ■



Bernhard Daldrup

Auch in Berlin spielt Kommunalpolitik eine Rolle – eine große sogar. Da alle Bundestagsabgeordneten immer auch ihre Kommunen vertreten, ist die Arbeitsgruppe für Kommunalpolitik traditionell die größte AG der SPD-Fraktion. Ihr Sprecher ist seit März 2014 Bernhard Daldrup. Der Politikwissenschaftler aus dem Münsterland ist seit 2013 Mitglied des Bundestages und kennt sich mit Kommunalpolitik aus. Er ist seit mehreren Jahrzehnten in seinem Wahlkreis Warendorf kommunalpolitisch aktiv. Als kommunalpolitischer Sprecher will sich Daldrup vor allem dafür einsetzen, „dass die im Koalitionsvertrag vereinbarten Entlastungen für die Kommunen bald kassenwirksam werden.“ ■

Gerechtigkeit: Gewinne dort besteuern, wo sie entstehen

SPD-Fraktion kommt beim Kampf für mehr Steuergerechtigkeit voran.

// Eine straffreie Selbstanzeige wird für Steuersünder deutlich aufwändiger. Zudem sind Vermögen im Ausland künftig nicht mehr vom Bankgeheimnis geschützt.//

Man kann es nicht oft genug betonen: Steuerhinterziehung ist kein Kavaliersdelikt. Sie untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat, schwächt die Handlungsfähigkeit des Staates und gefährdet den Zusammenhalt der Gesellschaft. Auch die straffreie Selbstanzeige hat in der Vergangenheit das Gerechtigkeitsgefühl der Menschen erschüttert. „Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben bei der Aufdeckung prominenter Fälle von Steuerhinterziehung den Eindruck bekommen, dass sich diese Straftat für wohlhabende Steuerpflichtige trotz Selbstanzeige finanziell lohnen kann“, sagt der zuständige Berichterstatter der SPD-Fraktion Andreas Schwarz.

Selbstanzeige wird aufwändiger und teurer

Der Bundestag hat deshalb jetzt in erster Lesung einen Gesetzentwurf der Bundesregierung beraten, mit dem die Regeln zur strafbefreienden Selbstanzeige verschärft werden sollen. Das heißt konkret: Wer sich künftig selbst wegen Steuerhinterziehung anzeigt, bleibt nur bei Beträgen bis zu 25.000 Euro straffrei und muss zudem deutlich mehr an Zuschlägen zahlen. Außerdem ist die Zahlung von Hinterziehungszinsen zwingend dafür, dass die Selbstanzeige strafbefreiend bleibt. „Wir erhalten das Instrument der strafbefreienden Selbstanzeige, erhöhen aber die Anforderungen an eine wirksame Anzeige spürbar“, sagt Andreas Schwarz. So könne in Fällen schwerer Steuerhinterziehung künftig nur die Zahlung eines beträchtlichen Zuschlags den Täter vor einer Verurteilung bewahren.

Kein Schutz mehr durch das Bankgeheimnis im Ausland

Auch international geht es beim Kampf gegen Steuerflucht voran. Die SPD-Fraktion setzt sich seit vielen Jahren dafür ein, auch die ausländischen Vermögen und Kapitalerträge deutscher Steuerpflichtiger zu besteuern.



Steuergerechtigkeit bedeutet, dass starke Schultern mehr tragen als schwache.

Bisher wurden sie durch die Bankgeheimnisse der jeweiligen Länder geschützt.

Jetzt haben 50 Staaten einen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen vereinbart, der im September 2017 starten soll. In der Konsequenz bedeutet das: Vermögen und Erträge lassen sich nicht mehr auf anonymen Nummernkonten im Ausland verstecken. Die Zeiten, in denen das Bankgeheimnis Steuerflüchtlinge vor Strafverfolgung geschützt hat, sind damit passé.

Staatsfinanzierung muss fair sein

SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider sprach von „einem großen Schritt, den ich mir so noch vor ein paar Jahren nicht hätte vorstellen können.“ Viele Reiche hätten es als Sport betrachtet, ihr Vermögen in Steueroasen zu schaffen und dort anzulegen. Aber: „Hier Geld zu verdienen, ohne einen Cent Steuern darauf zu zahlen, ist asoziales Verhalten.“ Die Finanzierung des Staates müsse fair sein, das habe für Sozialdemokraten immer im Mittelpunkt

gestanden. Für Schneider ist klar: „Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie entstehen.“ ■

Mehr Infos zum Thema:

www.spdfraktion.de

Termine

28. November: Für eine gute und menschenwürdige Pflege, 51065 Köln

30. November: Gesagt – Getan – Gerecht, 48143 Münster

03. Dezember: Der lange Weg zur friedlichen Revolution – Ein Blick aus der Geschichte in die Zukunft, 11011 Berlin

03. Dezember: Sterbehilfe: Eine Frage der Moral?, 12435 Berlin

Weitere Infos und Termine:

www.spdfraktion.de

www.facebook.com/spdbundestagsfraktion

IMPRESSUM GUTE ARBEIT

Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion

Verantwortlich: Petra Ernstberger MdB, Parl. Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Redaktionsschluss: 17. November 2014

Herstellung: Network Media GmbH

Redaktion: Stefan Hintermeier, Johanna Agci, Anja Linnekugel, Alexander Linden, Gero Fischer

Texte: Gero Fischer

Druck: Frankenpost Verlag GmbH

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.

Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Bestellungen von „Gute Arbeit“, Zeitung der SPD-Bundestagsfraktion, und von

Informationsmaterial zur Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion:

– **per Post:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit/Redaktion „Gute Arbeit“, 11011 Berlin

– **per Mail:** oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de

– **per Fax:** 030/22756800